

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verantwortlich für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 296

Montag, den 19. Dezember 1927

101. Jahrgang

Dr. Stresemann über den Wiederaufbau

Eine Parteireden des Außenministers in Königsberg

II. Königsberg, 19. Dez. Außenminister Dr. Stresemann, der auf Einladung der Stadt Königsberg hier weilte, um sich von den Wünschen und Sorgen der Provinz Ostpreußen und seiner Hauptstadt ein eigenes Bild zu machen, nahm am Samstag morgen in Begleitung von Oberbürgermeister Dr. Rohmeyer eine Besichtigung der Stadt vor. Im Laufe des Tages fand eine Reihe von Besprechungen statt. Am Nachmittag folgte der Reichsaußenminister einer Einladung der Deutschen Volkspartei zu einem Tee-Empfang. Am Abend fuhr der Reichsaußenminister nach Berlin zurück.

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Rede Dr. Stresemanns, die dieser beim Empfang der D. V. P. gehalten hat. Darnach führte der Minister u. a. folgendes aus: Nationale Politik bedeutet Mitarbeit am Staat, bedeutet, mit jedem mitzuarbeiten, der den christlichen Willen hat, dem Staat zu helfen, bedeutet, abzusehen von irgendwelchen Gedanken gesellschaftlicher Differenzierung. Der beste Adel der Gegenwart ist der Adel, der gemein wird am Dienst für die Allgemeinheit gegenüber dem Leben für das Einzelinteresse. Nicht mit tönenden Märschen oder Romantik haben wir die Seele des Volkes gewinnen wollen, sondern versucht, ihm klarzumachen, daß es gilt, aufzubauen. Wir haben kämpfen müssen gegen eine Fülle von Widerständen. Wie standen wir denn da im Jahre 1919? Wer das Deutschland von heute sieht und nicht verstehen will, daß diese Jahre eine Zeit des Wiederaufbaus gewesen sind, der vermag nicht, mit geschichtlichen Augen zu sehen. In jenen Tagen des Glanzes, da war es leicht, nationale Feste zu feiern, aber zusammenhalten in diesem elenden, verarmten Deutschland, das bedeutet eine größere Probe der nationalen Gesinnung abzulegen, als es in jenen Zeiten geschah, als die naturgemäße Folge der Siege das Deutsche Reich formte.

Das ist das eine Große, was Deutschland geleistet hat, und dazu kommt noch ein zweites: Ich habe davon gesprochen, daß man hinter einer glänzenden äußeren Fassade mitunter nicht sehen kann, was an Armut bei uns herrscht. Aber wenn wir sehen, was in diesen Jahren alles geschehen ist, so kann ich denen, die immer wieder nur mit Zweifeln kommen, nur zurufen: O Ihr Kleingläubigen! Damals mußten alle Schiffe mit Ausnahme der kleinen Küstenschiffe

an die Feinde ausgeliefert werden; die deutsche Flotte war vom Weltmeer verschwunden, und heute? Was ist wieder aus der deutschen Schifffahrt geworden? Die Stürme des Bolschewismus sind in harten Kämpfen über Rheinland und Westfalen dahingegangen. Wer hätte geglaubt, daß sie so überstanden würden? Wir haben die schreckliche Inflation erlebt. Kein Volk, das nicht die Selbstdisziplin, wie das deutsche, aufzuweisen hätte, hätte das ohne eine blutige Revolution ertragen. Die Faust der Mächte griff nach Rhein und Ruhr. Die Fabriken arbeiteten, ohne dafür etwas zu erhalten, alles mußte hergegeben werden. Die Magazine wurden geplündert, und wie viele von jenen Pessimisten, die ich immer frage, was sie eigentlich für den Fortschritt geleistet, haben damals prophezeit: Glauben Sie doch nicht, daß die Leute wieder herausgehen! Daß sie hinausgegangen sind, war nicht so einfach. Es gibt keine so törichte Phrase, als immer zu verlangen, daß auf den Tisch gehauen werden soll. Wenn man auf den Tisch hant, wenn man droht, so muß man auch eine Macht haben, die dahinter steht. Eine Macht voranzutreiben, ist das Gefährlichste; das kann ein Land in den Ruin führen, aber niemals vorwärts bringen. Die, die heute die deutsche Außenpolitik zu machen haben, haben lediglich die Kraft der deutschen Wirtschaft auf Verträge und gegenseitlich in großen Momenten das einheitliche Nationalgefühl des deutschen Volkes zur Verfügung, aber nicht mehr die ultima ratio, die die anderen nicht aufgeben haben, weil darauf ihre Machtpolitik beruht. Glauben Sie doch nicht denen, die es so hinstellen, als habe man in deutschen Kreisen kein Verständnis für die Situation im Osten. Verstehen Sie, daß, wenn man sich in die sogenannte Westpolitik des Deutschen Reiches während der letzten Jahre hineinversetzt, die Westpolitik in Wirklichkeit Ostpolitik ist und daß Sie nicht erwarten können, daß Ihre Lage ungefährdet ist oder besseren Verhältnissen Platz machen wird, wenn es nicht gelingt, Beziehungen zu anderen Mächten im Westen zu schaffen, die uns die Sicherheit für den Frieden geben und für das gemeinsame Leben miteinander im Frieden. Ich bin ein entschiedener Gegner der Auffassung, daß es in Deutschland zwei Parteigruppen geben sollte, eine rechts und eine links. Das können wir uns heute nicht leisten und es ist töricht, zu fragen, ob sich die Außenpolitik besser mit der rechten oder mit der linken Hand machen, sondern, wenn wir Erfolg haben sollen, müssen rechts und links dahinter stehen. Sie müssen lernen, in erster Linie Deutscher und nicht Parteimann zu sein.

Tages-Spiegel

Der Reichstag hat sich nach Annahme der Lohnsteuererhöhung am 19. Januar verlagert.

Die Reichsregierung erwartet mit einem festen Programm in Händen praktische Ergebnisse von der am 19. Januar einberufenen Länderkonferenz.

Durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes werden in Mecklenburg, Hamburg und Hessen neue Landtagswahlen notwendig.

Dr. Stresemann hielt in Königsberg eine bedeutsame Parteireden über den Wiederaufbau des Reiches, worin er seine Außenpolitik verteidigte.

In den Verhandlungen in der Schwerindustrie haben die Arbeitgeber die beiden Schiedsprüche über Lohn und Arbeitszeit abgelehnt.

Die deutsch-griechischen Wirtschaftsverhandlungen wurden von deutscher Seite abgebrochen, weil Griechenland die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums bisher abgelehnt hat.

Aus Frankreich, England und Sibirien wird ungewöhnliche Kälte berichtet.

Finanzministerium die Neubauten für Finanzämter im Betrage von 1 387 500 Mark, im Haushalt des Reichswehrministeriums die Pläne für Neubau eines Panzerschiffes von 9 300 000 Mark und weiter im Reichswehrministerium einige Ertausätze von zusammen 6 221 300 Mark zu streichen.

Der erste preussische Antrag, der die Finanzamtsbauten betrifft, wurde mit 39 gegen 28 Stimmen angenommen. Zu den weiteren Anträgen erklärte der Reichswehrminister Dr. Köhler, die Reichsregierung könne angesichts des Standes der allgemeinen Abrüstung die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß das von den Alliierten selbst für Deutschland festgesetzte bescheidene Maß der Seerüstung noch beschränkt werde. Ein ruhiger planmäßiger Ausbau sei notwendig, schon um die Westpolitik gleichmäßig durchzuführen.

In namentlicher Abstimmung wurde schließlich der preussische Antrag mit 36 gegen 32 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur die Vertreter der Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Schleswig-Holstein und die Staaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Bremen und Mecklenburg-Strelitz. Ebenso wurde die Streichung im Reichswehretat entsprechend den preussischen Anträgen beschlossen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte, die Reichsregierung werde nunmehr dem Reichstage eine doppelte Vorlage zugehen lassen. Der Etat wurde dann vom Reichsrat verabschiedet.

Deutscher Protest in Paris wegen eines Hindenburgplakats

II. Berlin, 19. Dez. Botschaftsrat Dr. Rieth hat in Vertretung des Botschafters von Dösch am Quai d'Orsay Vorstellungen wegen des Hindenburg-Wahlplakats der französischen Rechtsparteien erhoben.

Zu dem Protest der deutschen Regierung wegen des Hindenburgplakats der französischen Rechtsparteien wird am Quai d'Orsay erklärt, daß es sich um ein gewöhnliches Wahlplakat handele, dem man in Deutschland keine besondere Bedeutung beimessen sollte, da derartige Plakate in der gleichen Weise auch französische Staatsmänner angreifen.

Man wird diese Erklärung kaum als eine ausreichende Stellungnahme zu dem berechtigten deutschen Protestschritt ansehen können. Man wird daher erwarten müssen, daß der Quai d'Orsay das letzte Wort in dieser Angelegenheit hiermit noch nicht gesprochen hat.

Neuer Protest der deutschen Botschaft.
II. Berlin, 19. Dez. Nach der Meldung eines Morgenblattes aus Paris verlautet, daß wegen des Wahlplakats, das eine große Verunglimpfung des Reichspräsidenten darstellt, im Laufe des gestrigen Tages von deutscher Seite noch zwei Mal interveniert wurde. Wie ein anderes Blatt berichtet, soll sich Präsident Doumergue mit der Angelegenheit befassen, so daß zu erwarten ist, daß die französische Regierung den berechtigten deutschen Wünschen nachkommen werde.

Bertagung des Reichstages

Annahme der Einkommensteuernovelle

Kaum fühlbare Lohnsteuererhöhung.

Berlin, 19. Dez. Der Reichstag ist am Samstag in die Ferien gegangen und hat damit seine letzte Sitzung im alten Jahr abgehalten. Das Kriegsschadenschlußgesetz ist, wie zu erwarten war, ohne Aussprache dem Ausschuss überwiesen worden. Die Geschädigten werden sich bis zur endgültigen Regelung ihrer Ansprüche mithin noch einige Zeit gedulden müssen. Sie können nicht einmal den Trost haben, daß über die Regierungsvorlage hinaus noch wesentliche Verbesserungen im Ausschuss für sie herauskommen werden. Zu kleinen Korrekturen ist, wie der Finanzminister bei der Bekanntgabe des Entwurfes erklärt hat, die Regierung bereit. In einem Abweichen von der grundsätzlichen Linie der Vorlage will sie sich aber auf keinen Fall bestimmen lassen.

Die Senkung der Lohnsteuer, die dann in der letzten Stunde in der Fassung des Ausschusses noch erledigt wurde, bedeutet die Einlösung einer Verpflichtung, die der Reichsregierung mit der sogenannten Lex Brüning auferlegt ist. Die Sozialdemokraten und Völkischen bekämpften die Vorlage, von der sie behaupten, daß sie auf Kosten der Kleinen die Großen begünstige. Die Regierungsparteien traten dieser Darstellung entgegen. Der Reichsfinanzminister setzte sich gleichfalls für das Kompromiß ein. Insbesondere auch aus dem Grunde weil er für die Vorlage in dieser Form der Zustimmung des Reichsrates sicher zu sein glaubte. Auch er bestritt, daß der Gesetzesentwurf, der eine kleine Verbesserung für die große Masse der qualifizierten Arbeiter bringe, sachlich als unsozial bezeichnet werden dürfe. Die

Vorlage wurde schließlich mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Das Ergebnis der ganzen Steuererhöhungaktion wird vorläufig darin bestehen, daß von dem errechneten Steuerbetrag ein Abzug von 15 Prozent gemacht wird, der aber nicht mehr als 2 M im Monat sein darf. Die Erleichterung ist für den Einzelnen kaum fühlbar, gestaltet dagegen die Berechnung der Lohnsteuer in den Betrieben außerordentlich kompliziert.

Zu einer Aussprache über den Etat hat sich der Reichstag nicht mehr verstehen können. Sie wird erst nach dem Wiederzusammentritt des Parlamentes, also frühestens am 19. Januar, beginnen.

Etatberatung im Reichsrat

Der Reichsrat streicht das Panzerschiff.

II. Berlin, 19. Dez. Der Reichsrat hielt am Samstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köhler eine Sitzung ab, in der zunächst das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Weihnachtsgeldbeschlüsse für Kleinrentner, das Kraftfahrzeugsteuergesetz und andere vom Reichstag beschlossene Vorlagen bestätigt wurden. Genehmigt wurde auch eine Verordnung des Arbeitsministers, wonach auch im Jahre 1928 100 000 ausländische Landarbeiter, im Notfalle auch 10 000 mehr, zugelassen werden. Der Reichsrat trat dann in die Beratung des Etats für 1928 ein. Nach längeren Ausführungen des Generalberichterstatters, des preussischen Ministerialdirektors Dr. Brecht, beantragte der preussische Staatssekretär Dr. Weiskmann namens der preussischen Staatsregierung, mit Rücksicht auf die gespannte und undurchsichtige Finanzlage des Reiches im Etat des Reichs-

Der Bericht des Kommissars bei der Reichsbank

U. Berlin, 19. Dez. Der Kommissar bei der Reichsbank, Prof. Dr. Bruns, veröffentlicht seinen Bericht für die Zeit vom 1. September 1926 bis 31. August 1927, der neben einer Reihe von wertvollen durch Tabellen und Diagramme erläuterten Einzeldarstellungen zum Schluß eine zusammenfassende Betrachtung gibt. Darin wird u. a. festgestellt, daß sich in den letzten drei Jahren die Beziehungen Deutschlands zur Weltwirtschaft fortwährend inniger gestaltet hätten. Die Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens hätten sich nach der Inflationsperiode in verschiedener Hinsicht wieder erweitert und gefestigt. Trotzdem seien noch schwache Stellen vorhanden. Die schwächste liege wohl auf dem Gebiete der Kapitalversorgung. Die Kapitalnachfrage übertrage unausgesetzt die Kapitalbildung im Lande und die Folge sei eine sehr große und anhaltende Nachfrage nach kurz- und langfristigen Auslandskapital. Für das deutsche Wirtschaftsleben bedeute das hohe Zinsniveau eine schwere Last. Als im Juni 1927 der Diskontsatz wieder auf 6 Prozent gebracht wurde, habe es sich herausgestellt, daß dieser damals schon nicht mehr ausreichte, um der Reichsbank die Kontrolle über den Geldmarkt, dessen Lage bereits seit einigen Monaten viel gespannter geworden war, zurückzugeben. Erst die Erhöhung auf 7 Prozent am 4. Oktober d. J. habe der Reichsbank diese Kontrolle wieder verschafft. Die Reichsbank sehe sich insbesondere im Zusammenhang mit den Verhältnissen am Kapitalmarkt noch vor große Probleme gestellt. Inwiefern sei zu konstatieren, daß die Bank ihre Position während der letzten Jahre bedeutend gestärkt habe, wobei die allgemeine Konsolidierung des Wirtschaftslebens günstig auf sie zurückwirkte. Ihrer Hauptaufgabe, der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung, die sie in dem vergangenen Jahre in vollem Ausmaß erfüllt habe, stehe sie wohlgerüstet gegenüber.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft im November

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft veröffentlicht eine Uebersicht über die Betriebsergebnisse im November 1927. Danach hatte der Herbstgüterverkehr seinen Höhepunkt bereits im Oktober erreicht. Im Laufe des November verringerten sich die Erntetransporte, viele Bauhofstransporte hörten auf. Dieser Frachtenausfall wurde jedoch dadurch fast ausgeglichen, daß verstärkte Kohlenbeförderungen einlegten, mancherlei Transporte von den Wasserstraßen auf die Eisenbahn übergingen und der Weihnachtverkehr sich belebte. Zur Bewältigung dieses Verkehrs sind im November insgesamt 4 156 142 Wagen gestellt worden gegen 4 225 870 Wagen im Oktober. Die Bemühungen um Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten wurden auch auf den Expressgutverkehr ausgedehnt. Die Betriebsleistungen im Güterverkehr hielten sich etwa auf der Höhe des Vormonats. Der Kohlenverkehr war im ganzen genommen stärker. Der Personenverkehr war entsprechend der Jahreszeit schwächer als im Vormonat. Im September wurden 52 041 000 Zugkilometer gegen 52 703 000 Zugkilometer im Vormonat geleistet. Die Entwicklung der Finanzen zeigt folgendes Bild: Betriebsergebnisse im Oktober 1927: Einnahmen: 1. Personen- und Gepäckverkehr 113 978 000 RM, 2. Güterverkehr 297 866 000 Reichsmark, 3. Sonstige Einnahmen 43 897 000 RM, zusammen 455 241 000 RM; Ausgaben: 1. Für Betrieb und Unterhaltung 317 603 000 RM, 2. für Erneuerung der Bahnanlagen 60 203 000 RM, 3. Dienst der Reparationsschuldverschreibung 54 864 000 RM, 4. feste Lasten 12 805 000 RM, 5. Allgemeine Rückstände 9 761 000 RM, zusammen 455 241 000 RM. Die Gesamteinnahmen der Reichsbahn sind im Oktober 1927 gegenüber dem September um 20 Millionen Reichsmark gestiegen. Auf der Ausgabe Seite haben sich die Personal- und Sachauswendungen erhöht. Für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen wurde die fällige Monatsrate, die den gesteigerten Lasten des 4. Reparationsjahres entspricht, rechtzeitig an den Generalagenten gezahlt. Die Aufwendungen für werbende Anlagen betragen im Oktober 46,8 Millionen Reichsmark; Dedung dieses Betrages erfolgt zunächst aus den für andere Zwecke vorgesehenen Rückstellungen und aus dem Vortrag aus 1926. Der Personalbestand betrug im Oktober 728 801 Köpfe gegen 720 280 im Vorjahre.

Die Verschuldung der Stadtgemeinden

Botschafter von Brittwitz und Gaffron in Köln.

U. Köln, 19. Dez. Auf Anregung des Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer, Geheimrat Dr. Louis Gugen, stattete Botschafter von Brittwitz und Gaffron in Köln einen Besuch ab, der vor allen Dingen einer Fühlungsnahme mit den Kreisen der rheinisch-westfälischen Wirtschaft galt. An der Besprechung, in der die verschiedensten Fragen, die für die Wirtschaftsbeziehungen des deutschen Westens mit den Vereinigten Staaten von Amerika von Belang sind, zur Erörterung kamen, nahmen führende Persönlichkeiten der rheinisch-westfälischen Wirtschaft teil.

Im Kölner Rathaus fand ein Empfang zu Ehren des neuen deutschen Botschafters in Washington statt. Oberbürgermeister Dr. Adenauer begrüßte den Botschafter und wies in seiner Rede darauf hin, daß es ein weitverbreiteter Irrtum sei, wenn sich in der Öffentlichkeit die Meinung der Überschuldung der deutschen Gemeinden gebildet habe. Die öffentliche Meinung spreche von einer Verschuldung von 1 1/2—2 Milliarden Mark kurzfristiger An-

leihen, während in der Tat die Gesamtverschuldung der deutschen Gemeinden von über 100 000 Einwohnern nicht größer als 400 Millionen Mark sei. Man müsse sich vor Augen halten, zu welchem Zwecke diese Anleihen aufgenommen würden. Die Anleihen hätten in erster Linie kulturellen Zwecken gedient. Wenn die Entwicklung Deutschlands nach der Revolution einen solchen friedlichen Verlauf genommen habe, so sei das in erster Linie den kulturellen Bestrebungen der deutschen Gemeinden zu danken. Oberbürgermeister Dr. Adenauer schloß mit den besten Wünschen für den scheidenden Botschafter.

Aus den Reichstagsausschüssen

U. Berlin, 19. Dez. Nach längerer Aussprache wurde im Haushaltsausschuß des Reichstages eine Entschließung der Regierungsparteien angenommen, die den Reichsarbeitsminister erucht, die Einräumung der Vorsitzenden und der Beamten der Reichsarbeitsverwaltung einer erneuten Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die Einstufung nicht zu hoch erfolgt ist. Weiter wurde eine Entschließung genehmigt, die die Reichsregierung erucht, den Etat der Landesarbeitsämter, das Statut und die Zusammenlegung des Verwaltungsrates dem Haushaltsausschuß vor der Staatsberatung mitzuteilen. Der Ausschuß genehmigte dann noch einen Antrag des Reichsernährungsministers betr. Durchführung einer Zinsverbilligung auf dem Gebiete der Milchversorgung. Darnach sollen Vorschüsse in Höhe von 500 000 Mark für diese Zwecke bewilligt werden. Im Ergänzungsetat sollen nachher insgesamt 1,5 Millionen angefordert werden. Reichsernährungsminister Schiele kündigte das Reichsmilchgesetz für den Anfang des nächsten Jahres an. Desgleichen genehmigte der Ausschuß, daß der Neubau für das Finanzamt Pforzheim unter Zugrundelegung des erweiterten Bauplanes ausgeführt wird. Der Ausschuß vertagte sich dann bis Januar.

Der Konflikt in der Schwerindustrie

Das Reichsarbeitsministerium und der Düsseldorfer Schiedsspruch.

U. Berlin, 19. Dez. Wie von seiten des Reichsarbeitsministeriums bekannt gegeben wird, ist schon jetzt für den Fall einer Ablehnung des im Düsseldorfer Eientonflikt gefällten Schiedspruches vorgesehen, daß die Parteien vom Reichsarbeitsministerium eingeladen werden sollen. Voraussichtlich wird diese Einladung für Dienstag erfolgen. In den dann folgenden Besprechungen wird die Frage geklärt werden, ob der Schiedspruch für verbindlich erklärt werden kann.

Niederlage Polens im Chorzow-Streit

U. Haag, 19. Dez. Der Ständige Internationale Gerichtshof hat in seiner letzten öffentlichen Sitzung seine Entscheidung in der bekannten deutschen Auslegungsklage im Chorzow-Streitfall bekanntgegeben.

Entsprechend dem deutschen Antrag kam der Gerichtshof zu dem Schluß, daß er in seiner Entscheidung vom 25. Mai 1926, um deren Auslegung es sich in der Hauptsache handelt, der polnischen Regierung nicht das Recht habe vorbehalten wollen, noch nach Erlass dieser Entscheidung auf zivilrechtlichen Wege der Nichtigkeitsklärung der am 24. Dezember 1919 zugunsten der Oberschlesischen Stickstoffwerke als der Eigentümerin der Chorzowwerke erfolgten Grundbucheintragung verlangen zu können. Vielmehr habe der Gerichtshof mit bindender Kraft für beide Parteien das Eigentumsrecht der Oberschlesischen Stickstoffwerke auf die Chorzowwerke unter zivilrechtlichen Gesichtspunkten anerkannt.

Das deutsche Eigentum in Amerika

Montag voraussichtlich Abstimmung über die Eigentumsvorlage.

U. Newyork, 19. Dez. Im Repräsentantenhaus brachte am Samstag der Abgeordnete Green bei schlechter Besetzung des Hauses die Vorlage über die Freigabe des deutschen Eigentums ein. Bei der Berichterstattung waren wiederholt Zwischenrufe der Opposition vernehmbar. Der Abg. Cog (Georgia) hielt die Vorlage für nicht weitgehend genug. Verschiedene andere Mitglieder des Hauses verlangten Bekanntheit der den Vereinigten Staaten unter der gegenwärtigen Vorlage entstehenden Lasten. Der Abg. Green erwiderte, daß die Vereinigten Staaten lediglich für Schiffe, Radioanlagen und Patente aufzukommen hätten. Die Abstimmung über die Vorlage findet wahrscheinlich heute statt.

Danzig und Polen

Präsident Sahn über die Genfer Ratstagung.

U. Danzig, 19. Dez. Senatpräsident Dr. Sahn berichtete im Hauptausschuß des Danziger Volkstages über die Behandlung der Danziger Fragen vor dem Völkerbundsrat. Im Anschluß daran empfing Präsident Dr. Sahn die Vertreter der Danziger und auswärtigen Presse. Von den drei auf der diesmaligen Ratstagung behandelten Danziger Fragen gestattete sich, wie Präsident Sahn betonte, die Angelegenheit der Danziger Stadtanleihe verhältnismäßig einfach, da das Finanzkomitee an den Danziger Vorschlägen keine Bemängelungen vorzunehmen hatte. In der Frage des Anlegens für polnische Kriegsschiffe sei die Situation auf der Ratstagung noch die gleiche gewesen wie bei den Danzi-

ger Verhandlungen, da Polen auch in Genf betonte, daß ihm nicht genügend Zeit zur Vorbereitung zur Verfügung gestanden habe. Präsident Sahn ist der Ansicht, daß durch seine Erklärungen zu diesem Punkt in Genf die Rechtstlage ein für allemal geklärt worden sei. Im Einvernehmen mit dem Gesamtjenat werde er nunmehr die Bestimmungen für das Einlaufen polnischer Kriegsschiffe ausarbeiten. Die angenommenen Bestimmungen enthielten im wesentlichen keine Erschwerungen für Polen und könnten daher eine Basis für die künftig mit Polen zu führenden Verhandlungen abgeben. Es sei also auch in dieser Beziehung die Möglichkeit einer Verständigung gegeben. Auf Danziger Seite sei der gute Wille jedenfalls vorhanden. Präsident Sahn teilte hierzu noch mit, daß er bereits eine Note an den Danziger Völkerbundskommissar van Hamel gerichtet habe, um möglichst bald die diesbezüglichen Verhandlungen mit Polen zu einem guten Ende zu führen. Was die Westerplattenfrage anbetreffe, so sei für Danzig das Gutachten der beiden Rechtsgelehrten Cecil Hurst und Pilotti besond. wertvoll, und zwar nicht nur, weil es dem Danziger Standpunkt Rechnung trage, sondern, weil durch dieses Gutachten auch die Souveränität der Freien Stadt Danzig aus allem Zweifel gestellt werde. Danzig könne mit der in Genf erfolgten Regelung durchaus zufrieden sein.

Ueble französische Wahlmache

Ausfälle gegen Hindenburg.

U. Paris, 19. Dez. An den Mauern von Paris prangt augenblicklich ein Wahlplakat für die Wahlen von 1928, das den Marschall Hindenburg darstellt, wie er sich mit der einen Hand auf einen Säbel stützt und mit der anderen Hand die Augen beschattet, um besser sehen zu können, was sich jenseits der Grenze zuträgt. Hinter ihm sieht man Deutschland, das von Feuer blutrot ist. Unter diesem Bilde steht folgender Text: „Hindenburg, der Gott des Krieges, überwacht die Wahlen von 1928, wie Bethman-Hollweg die von 1914 überwachte. Wenn Ihr eine Kartell- oder sozialistische Mehrheit wählt, wird er die Räumung des linken Rheinufers u. den Anschluß Österreichs an Deutschland verlangen. Nach den Worten des radikalsozialistischen Patrioten Franklin Bouillon wird dies den Krieg bedeuten.“

Der Gläubiger Großbritanniens

Englands Einnahmen aus Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen.

U. London, 19. Dez. Schatzkanzler Churchill stellte im Unterhaus mit, daß Großbritannien seit dem 1. April 1927 5 Millionen 700 000 Pfund an laufenden Zahlungen auf die alliierten Kriegsschulden und 10 Millionen 50 000 Pfund an Reparationen erhalten habe. An die Vereinigten Staaten habe Großbritannien seit dem gleichen Zeitpunkt auf Grund des Kriegsschuldenabkommens 32 844 755 Pfund gezahlt. Bis zum Ablauf des gegenwärtigen Finanzjahres seien weitere 6 Millionen Pfund an alliierten Kriegsschulden und 4 1/2 Millionen an Reparationszahlungen zu erwarten, während England seinen Zahlungen an die Vereinigten Staaten für das laufende Finanzjahr bereits voll nachgekommen sei.

Progrome in Litauen

U. Warschau, 19. Dez. Wie der „Przeglad Wiczyorny“ von der polnisch-litauischen Grenze meldet, soll es im litauischen Grenzgebiet in den letzten Tagen angeblich zu umfangreichen Judenprogrammen gekommen sein. In dem Städtchen Raneve, das 60 Kilometer entfernt liegt, sollen in den letzten Tagen durch das dortige Militär angeblich über 100 Juden getötet worden und das ganze jüdische Stadtviertel heruntergebrannt sein. Der Telefon- und Telegraphenverkehr soll unterbrochen sein. Das Präsidium der jüdischen Gemeinde in Kowno habe sich an die litauische Regierung um Hilfe gewandt.

Eine Bekätigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor; sie kann daher, besonders im Hinblick auf die Einstellung der polnischen Presse zu Litauen, nur mit größtem Vorbehalt weitergegeben werden.

Vom neuen Zeppelin

L. Z. 127 ist nunmehr soweit in der Montage des Tragkörpers vorangeschritten, daß 24 Ringe von der Mitte nach der Spitze, d. h. 120 Meter Tragkörperlänge, fertiggestellt sind. Vom Ring 109 bis zur äußersten vorderen Spitze fehlen noch 15 Meter. Die Spitze selbst mit 4 Meter Höhe wird auf dem Hallenboden montiert. An der Montage des Gerippes sind zurzeit 85 Mann mit Überstunden beschäftigt.

Lindbergh fliegt nach Cuba. Wie die L. Z. meldet, machte Lindbergh Besuche bei dem mexikanischen Präsidenten im Außenamt und in der mexikanischen Kammer. In einer Besprechung auf der amerikanischen Botschaft wurde entschieden, daß Lindbergh die Einladung aller mittelamerikanischen Mächte annehmen und anschließend an den Besuch von Mexiko einen Flug durch ganz Mittelamerika ausführen wird, der wahrscheinlich seinen Abschluß in Cuba finden wird.

*
Wühlungerer Versuch der Durchschwimmung der Meerenge von Gibraltar.

Die Schwimmerin Mercedes Gleize, die in Tanger startete, um die Meerenge von Gibraltar zu durchschwimmen, mußte nach 7 Stunden, nachdem sie etwas mehr als die halbe Strecke zurückgelegt hatte, aufgeben.

Für Knaben und Herren
**warme gefütterte
 Lodenjoppen** von Mt. 16.— bis Mt. 28.— in Herrengröße
Windjacken in allen Größen
Lodenmäntel und Pelerinen

Paul Räuchle, am Markt, Calw

**Kristalle
 Hermann Beisser**

Erste Qualitäten — billigste Preise
 grosse Auswahl

Für die Weihnachtspakete

Helle ich meinen Kunden, die im Laufe des Jahres in meinem
 Geschäfte angekauften Schachteln und Kistchen gratis
 zur Verfügung. Abgabe bis zum Freitag jeweils nach-
 mittags 1—4 Uhr, unter Beschränkung von 1 Kistchen
 oder 2 Schachteln in eine Hand.

Reichert an der Brück'.

Neues Packpapier bogenweise billigst.

Mittwoch, 16. Dezember 1927.
 +
Dankagung.
 Herzlichen Dank möchten wir aussprechen
 für alle tätige Liebe im Leben und für die
 Teilnahme beim Heimgang der greisen
 Pilgerin
Anna Maria Duß Witwe
 insbesondere der Pflegerin, welche der Hoch-
 betagten in selbstloser Weise bis an ihr Ende
 so treu gedient hat.
Die Hinterbliebenen.

Inserieren bringt Erfolg!

**DIE KRONE DER
 LEISTUNG**

**Diese aussergewöhnlich günstigen Angebote geben
 Ihnen Gelegenheit wirklich billig einzukaufen!**

Wir kaufen gemeinsam mit unserer Frankfurter Zentrale
 und unseren Schwester-Firmen **Riesen-Posten**

**Damen-Mäntel
 weit unter Preis**

und bringen solche ebenfalls zu aussergewöhnlich
billigen Preisen in nachstehende Serien eingeteilt,
 zum Verkauf:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
12 ⁵⁰	19 ⁵⁰	29 ⁵⁰	39 ⁵⁰	47 ⁵⁰

darunter Mäntel im regulären Verkaufspreis bis Mk. 110.—

Wronker
 AKT.-GES PFORZHEIM

Unsere Geschäftsräume sind am Sonntag durchgehend
 von 12^{1/2}—6 Uhr geöffnet!

Wir laden unsere Mitglieder zu einer
Mitglieder-Versammlung
 auf Dienstag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr ins
Gasthaus zum „Röble“ in Calw ein.
Tagesordnung: Tätigkeitsbericht, Neuwahl des Vorstands und Ausschusses,
Landtagswahlen.
 Freunde unserer Partei, die Mitglied werden wollen, sind willkommen.
 Wir erwarten vollzähliges Erscheinen.
Deutschnationale Volkspartei
 Ortsgruppe Calw.

CalwerLiederkrans



Heute abend 8 Uhr
Singstunde.
 Vollzähliges Erscheinen
 ist nötig.
 Der Vorstand.

Plannkuch
 Zur

**Weihnachts-
 Bäckerei**

Feinstes
Weizenmehl
 Spezial 0 23 Pfund
 Auszug 00 26 Pfund
Neujutter
 (Margarine) 30 Pfund
**Schweine-
 Schmalz**
 gar. rein amerik.
 Pfd. 84 Pfg.

Phankojett
 reines
 Pflanzenfett 60 Pfund
 1 Pfd.-Lafel

Sultanien
 1/2 Pfd. 20 Pfg.
 von
**Koffeen
 Korinthien**

**Kafelnuß-
 Kern** 1.10
 Pfund

**Mandeln
 Kokosfloeken
 Zitronat
 und Orangeat
 Rauphonig**
 Pfd. 40 Pfg.
 Garant. reinen
Bienenhonig
5% Rabatt

Plannkuch

Haararbeiten
 aller Art fertigt
 S. Obermatt
 Friseurgechäft
 beim Adler. Telefon 240.

Ämtliche Bekanntmachungen.

**Errichtung einer Entwässerungs-
 genossenschaft in Oberhaugstett.**

Die von den beteiligten Grundstückseigentümern
 bei der Abstimmungstagsfahrt am 10. 11. 1927 be-
 schlossene genossenschaftliche Ausführung einer Ent-
 wässerung in den Gewänden „Grubenäcker, Vorder-
 äcker, Haidenäcker, Fummelberg, vordere und hin-
 tere Frohwiesen, am Glasweg und Zainenäcker“
 der Markung Oberhaugstett ist von der Ministerial-
 abteilung für Bezirks- und Abperschaftsverwal-
 tung durch Erlaß vom 9. 12. 1927, S. 38, Nr. 1
 genehmigt worden.

Calw, den 16. Dezember 1927.

Oberamt:
 Nippmann.

Stadtgemeinde Calw.

Schlittensahren.

- Das Schlittensahren ist auf folgenden Straßen
 freigegeben:
 A) für Erwachsene und Kinder in Begleitung
 Erwachsener bis 10 Uhr abends
 a) auf der Neuen Stuttgarterstraße bis zum
 städt. Baumagazin;
 b) auf der Neuen Altbürgerstraße bis zu den
 Maurermeister Pfeiffer'schen Häusern;
 c) beim Friedhof;
 B) für Kinder bis zu 14 Jahren bis Einbruch
 der Dunkelheit:
 a) in der Salzgasse bis zum Rathaus;
 b) auf dem Marktplatz;
 c) auf dem Brühl;
 d) beim Friedhof;
 e) auf der Panoramastrasse.
 - Auf allen übrigen Straßen und Wegen ist das
 Schlittensahren verboten; also insbesondere auf
 der Neuen Altbürgerstraße von den Maurer-
 meister Pfeiffer'schen Häusern bis zum Bäcker-
 meister Seeger'schen Haus, auf der Alten Altbur-
 gerstraße, auf der Alten Stuttgarterstraße,
 auf der Neuen Stuttgarterstraße vom städt.
 Baumagazin bis Adler, Biergasse, Nonnengasse,
 Metzgergasse, Zwinger und Vorstadt.
 - Das Schlittensahren von Erwachsenen in der
 Stadt und nach 10 Uhr nachts ausserhalb der
 Stadt ist verboten; ebenso das Fahren auf den
 Gehwegen in und ausserhalb der Stadt.
 - Die Eltern und ihre gesetzlichen Vertreter, die
 Anstalts- und Schulvorstände werden ersucht, den
 Kindern die Einhaltung dieser Bestimmungen
 einzuschärfen.
 - Die Polizei und das städt. Straßendienstpersonal
 ist angewiesen, gegen Zuwiderhandelnde einzu-
 schreiten.
- Calw, den 17. Dezember 1927.
 Stadtschultheissenamt:
 gez. Göhner.

Leonberger
 liefert
die Besten!

Wer gut und preiswert
 kaufen will,
 besuche die
Niederlage

Fr. Schaufelberger,
 Calw
 Unt. Marktstraße 83.